



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

4. Sitzung (öffentlich)

24. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Ministerialrätin Juliana Becker (MKULNV) berichtet über das Ausbruchsgeschehen von Noroviren auf chinesischen Erdbeeren.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur-
und Verbraucherschutz

Der **Ausschuss stimmt** dem **Einzelplan 10** mit den
Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und
FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.

- 2 Landesregierung darf Chancen für NRW aus dem Ziel-II-Programm nicht verspielen: Nordrhein-Westfalen muss eigene Akzente bei EFRE setzen!** 13

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/822

Der **Ausschuss** beschließt, zu dem **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/822 kein Votum abzugeben**.

- 3 Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserrohren in Nordrhein-Westfalen** 15

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/256

- Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV),
Aussprache.

Jürgen Hovenjürgen (CDU) beantragt die Durchführung einer
Anhörung.

- 4 Milchpreisentwicklung und diesbezügliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft in NRW** 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/270

Die Beratung wird vertagt.

- 5 Breitbandversorgung NRWs im ländlichen Raum** 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/255

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene
Fragestellungen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

**6 Informationspolitik der Behörden nach dem Krefelder Großbrand am
25. September 2012 35**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/273

- Kontroverse Diskussion.

**7 Unterirdischer Kerosinsee auf dem Gelände der Shell Rheinland-
Raffinerie in Wesseling und die Ursache des Lecks in der Pipeline 38**

Bericht der Landesregierung
Vorlagen 16/181, 16/271 und 16/299

- Bericht von StS Udo Paschedag (MKULNV), Aussprache.

**8 Was unternimmt die Landesregierung gegen PCB in öffentlichen
Gebäuden in Nordrhein-Westfalen? 45**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/272

Der Ausschuss diskutiert mit StS Udo Paschedag (MKULNV), LMR'in Dagmar Lamberth (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr) sowie MR Arnulf Rybicki (FM) über verschiedene Fragestellungen.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fordert das Finanzministerium einstimmig auf, eine Liste mit den festgestellten Verdachtsfällen in öffentlichen Gebäuden vorzulegen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Rainer Deppe (CDU) kommt darauf zu sprechen, dass die Einnahmen aus der Abwasserabgabe gestiegen seien. Er bitte um Erläuterung.

Das Wasserentnahmeentgeltgesetz sei geändert worden. Auch diesbezüglich stünden erhöhte Einnahmen im Haushalt. Bezüglich des Haushaltvollzugs wüsste er gerne, ob die prognostizierten Einnahmen erreicht würden. Auch interessiere ihn, ob die Landesregierung weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes plane.

Simone Brand (PIRATEN) macht darauf aufmerksam, dass die Ausgaben für die Landwirtschaftskammer – Kapitel 10 170 – im Jahre 2012 im Vergleich zu 2011 um 10.560.700 € stiegen. Die Landwirtschaftskammer arbeite gut und ordentlich. Auch sie sollte zu sparsamen und wirtschaftlichem Arbeiten angehalten werden. Ihre Fraktion werde einen entsprechenden Änderungsantrag stellen.

Zu den Wasserwerken an der Ruhr: Durch Verunreinigungen etwa durch PFT sei es in den letzten Jahren dringend geboten, diese Wasserwerke zu sanieren. In der Presse stünden zum Teil Kosten von 700 Millionen €. In dem Haushaltsplan finde Sie dazu nichts. Sie wüsste gerne, ob dazu etwas geplant sei.

In Kapitel 10 010 – Ministerium – seien die Titel 517 01 – Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Titel 518 01 – Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume – zusammen um 250.000 € gestiegen. Sie wüsste, wie diese Steigerung zu erklären sei.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) führt aus, in Einzelplan 20 seien die Rückbaukosten und Verpflichtungsermächtigungen für den Thorium-Hochtemperaturreaktor etatisiert. 7 Millionen € sollten im Haushalt 2012 dafür ausgegeben werden. Er frage, ob mit den ehemaligen Betreibern Verträge abgeschlossen worden seien. Seine Fraktion meine, dass die Betreiber die Entsorgungs- und Rückbaukosten selber vollständig übernehmen sollten, nicht der Steuerzahler. Auch der Abgeordnete Markert von Grünen habe schon im Jahre 2011 gefordert, dass die Betreiber und Rechtsnachfolger, die Eigentümer finanziell verantwortlich seien. Zudem finde sich die Verpflichtungsermächtigung von 25,5 Millionen € für die folgenden Jahre wieder.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

Das könnte man doch da herausnehmen und in das Klimaschutzgesetz für die Kommunen im Rahmen des Konnexitätsprinzips einbringen, weil auf die Kommunen auch Ausgaben zukommen würden. Das könnte man vielleicht umschichten.

100 Stellen für die Umweltverwaltung seien eingestellt. Das sei sehr gut. Die Umweltüberwachung sei von der CDU/FDP-Regierung zurückgefahren worden. Es sei ausdrücklich zu begrüßen, dass das wieder verbessert werde. Allerdings heiße es im Haushaltsplan, die Freigabe bedürfe der Einwilligung des Finanzministers. Da wüsste er gerne, ob die Stellen nun kämen oder ob das nach Konjunkturlage entschieden werde. Seine Fraktion fordere die Stellen ausdrücklich.

Bezüglich des Punktes Klimaschutzgesetz bitte er um eine Auflistung der Mittel, die für dieses Gesetz zur Verfügung gestellt würden. 500.000 € seien vorgesehen. Das dürfte kaum reichen. Er vermute, dass für das Jahr 2012 noch keine Gelder angesetzt worden seien, weil das Klimaschutzgesetz noch nicht verabschiedet sei. Er bitte aber um eine Auflistung der Maßnahmen, die für 2013 vorgesehen seien. Das Ganze scheine auf die Einzelpläne verstreut zu sein. Eine Aufstellung mit Blick auf eine Zustimmung zum Klimaschutzgesetz erscheine sinnvoll.

Bezüglich der energetischen Gebäudesanierung habe er im Einzelplan 10 und im Einzelplan 9 Reduzierungen gefunden, und zwar 237.400 € im Einzelplan 10 und 11.000.000 € im Einzelplan 9 im Vergleich zum Haushalt 2011. Das widerspreche dem Klimaschutzgedanken. Energetische Gebäudesanierung sei da ein wichtiger Punkt.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) gibt an, bei der Abwasserabgabe habe es in den Vorjahren eine Delle gegeben. Eine Gerichtsentscheidung habe dazu geführt, dass Rückerstattungen erfolgt seien. Es habe eine Zurückhaltung bei der Zahlung gegeben. Die Delle sei überwunden. Von daher gebe es dort steigende Einnahmen.

Zum Wasserentnahmeentgelt: Die Einnahmeerwartungen für das letzte Jahr seien eingetroffen, zum Teil sogar übertroffen. Der im Haushalt vorgesehene Rahmen sei im letzten Jahr mit Projekten ausgefüllt worden. Es habe mehr Projektanmeldungen gegeben, als Mittel zur Verfügung stünden. Die Zuweisung stimme mit dem Bedarf überein. Das sei auch der prognostizierte Bedarf über immerhin 17 Jahre bis zum Jahre 2027. Bezüglich der Verbesserungen in der Haushaltsstruktur, der Einnahme- und Ausgabesituation, wolle er der Entscheidung der Landesregierung nicht vorweggreifen. Die Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen sei bekannt. Dass das Land strukturelle Haushaltsverbesserungen und Gegenfinanzierungen für die Aufgaben brauche, die anstünden, stehe außer Frage. Dazu könne er keine konkrete Auskunft geben. Das Kabinett habe über den Haushaltsentwurf 2013 noch nicht abschließend beraten.

Zu den um über 10 Millionen € erhöhten Finanzausweisungen an die Landwirtschaftskammer: Das Thema habe der Ausschuss rauf und runter diskutiert. Dahinter stecke eine Fragestellung, die seinerzeit in der Finanzierungsvereinbarung, die zwischen der damaligen Landesregierung und der Landwirtschaftskammer im Jahre 2006 ab-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

geschlossen worden sei und die nicht geklärt worden sei – sie sei zeitlich nach hinten geschoben worden –: Das betreffe die Frage, wie das Land mit den Pensionslasten umgehen wolle, wenn eine klare Trennung bei der Finanzierung zwischen hoheitlichen Aufgaben einerseits und verbandlichen Aufgaben andererseits im Tagesgeschäft, im laufenden Haushaltsjahr vorgenommen werde. Das betreffe die Frage der Zahlungen für die Pensionäre bzw. Ruheständler. Er verweise auf das bekannte Defizit von derzeit 9 Millionen €, für die es keine Finanzierungsvereinbarung und keine vorgesehenen Haushaltsmittel gegeben habe.

Die Frage laute, ob die Kammer, wenn das Geld nicht gezahlt werde, Insolvenz anmelden müsse, welche rechtlichen Implikationen das habe. Diese Frage sei bis heute nicht geklärt. Es sei vereinbart worden, bis Mitte 2013 zu einer neuen Finanzierungsvereinbarung zu kommen. Die Kammer habe ein umfangreiches Restrukturierungskonzept vorgelegt, das die Landesregierung gebilligt habe, in das auch Standortverschiebungen mit eingeschlossen seien. Auch wenn dieses Konzept realisiert werde, sei das Defizit nicht abdeckbar. Insofern stelle sich die Organisationsfrage insgesamt. Bevor sie abschließend bewertet und geklärt werde, werde es die Verhandlungsprozesse einschließlich der Diskussion geben, ob aufseiten des verbandlichen Teils eine stärkere Umlage die anfallenden Kosten und Aufgaben abdecken könne. Die Diskussion sei nicht abgeschlossen. Um den notwendigen Betrieb der Landwirtschaftskammer nicht zu gefährden, seien die entsprechenden Summen eingestellt worden.

Thema Wasserwerke Ruhr: Die Landesregierung und die öffentliche Hand hätten nicht die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung sicherzustellen. Das sei Aufgabe der Wasserversorger. Es handele sich um Gebührensystem. Es werde mit Gebühren abgerechnet. Das machten die Wasserverbände, die Wasserversorger in Eigenregie. Mit den Verbänden an der Ruhr gebe es, wasserwerksbezogen, die Vereinbarung, zu welchem Zeitpunkt die Nachrüstung erfolge. Abgeschlossen sein werde das in den Jahren 2018/2019. Diesbezüglich habe er dem Ausschuss und dem Landtag gegenüber berichtet.

Er sei dankbar und erfreut, dass die Vereinbarung zustande gekommen sei. Es gehe um Investitionen in Höhe von gut 150 Millionen €. Das mache gut 10 % der Gebührenkalkulation aus, die Wasseraufbereitung fließe zu 90 % in die Gebührenkalkulation ein. Das Leitungsnetz erfordere sehr viele Investitionen und sei teurer. Da gebe es auch noch hohe Defizite, weil es einen hohen Wasserverlust in vielen Wasserleitungen gebe. Die öffentliche Hand sei dafür aber nicht zuständig.

Zu den erhöhten Mietkosten: Die Mietkosten seien am Index orientiert und als Steigerung eingestellt.

Für den Einzelplan 20 sei er nicht zuständig. Beim Hochtemperaturreaktor verweise er auf den Kollegen Duin, der für die Atomaufsicht zuständig sei. Er könne das gerne weitergeben, die Frage aber heute selber nicht beantworten.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
4. Sitzung (öffentlich)

24.10.2012
sd-ka

Die 100 Stellen zur Umweltüberwachung seien vereinbart. Nach entsprechender Beschlussfassung durch den Landtag könnten sie auch realisiert werden. Die Mittel werde der Finanzminister dann auch freigeben.

Bezogen auf das Klimaschutzgesetz könne er keine Haushaltsposition nennen. Er biete allerdings gerne an, dem Ausschuss bzw. dem Landtag nach einem Jahr Klimaschutzsofortprogramm – über 10 Maßnahmen sei auf den Weg gebracht worden - zu berichten, wie der Stand der Dinge sei, welche Mittel zur Verfügung stünden und welche Mittel abgeflossen seien.

Für die Frage bezüglich Einzelplan 09 sei er nicht zuständig. Das Programm zur Gebäudesanierung sei auf vier Jahre angelegt. Dann laufe es aus. Dahinter stecke allerdings die grundsätzliche Problematik, dass die Frage der energetischen Sanierung bei der Einrichtung des BLB – die Mietzahlungen von den Häusern würden an den BLB geleistet – nicht bedacht worden sei. Es gebe keinen Anreiz für die jeweiligen Mieter, aber auch nicht für die Vermieter, für weniger Energieverbrauch zu werben. Das müsse geändert werden. Deshalb stehe im Koalitionsvertrag, dass die Miete auf eine Warmmiete umgestellt werde, sodass ein Anreiz entstehe, mit möglichst wenig Energie die notwendige Wärme zu produzieren. Dieses System sei noch nicht implementiert.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies bittet, die Fragen der Abgeordneten von der Fraktion der Piraten an die jeweiligen Häuser weiterzuleiten, damit sie eine Antwort bekämen.

Rainer Deppe (CDU) möchte bezüglich des Wasserentnahmeentgelts wissen, ob das Haus der Landesregierung vorschlagen werde, das Wasserentnahmeentgelt zu erhöhen.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) erinnert daran, dass ein Gesetzentwurf der Landesregierung im Parlament in der letzten Legislaturperiode beraten worden sei, das Wasserentnahmeentgelt entsprechend anzupassen. Die Meinung der Landesregierung, das Wasserentnahmeentgelt so zu orientieren, dürfte sich nicht sehr geändert haben. Er wolle allerdings den Beratungen im Kabinett nicht vorgreifen. Es sei das Recht des Kabinetts und des Finanzministers, den Vorschlag für den nächsten Haushalt zu machen und in diesem Zusammenhang über Einnahmeverbesserungen, aber auch über Konsolidierungsbeiträge zu diskutieren.

Der **Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.